

BESCHLUSSVORLAGE V0003/22 öffentlich	Referat	Referat V
	Amt	Amt für Jugend und Familie
	Kostenstelle (UA)	4070
	Amtsleiter/in	Betz, Oliver
	Telefon	3 05-25 00
	Telefax	3 05-25 04
	E-Mail	referat5@ingolstadt.de
Datum	29.12.2021	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Jugendhilfeausschuss	03.02.2022	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Schaffung von 4 Stellen für Streetwork
 - Antrag der UWG Stadtratsfraktion vom 16.09.2021 -
 Stellungnahme der Verwaltung
 (Referent: Herr Fischer)

Antrag:

1. Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung des „Teilplan Jugend“ den Bedarf bezüglich Mobiler Jugendarbeit / Streetwork zu eruieren und ein Konzept auszuarbeiten.

gez.

Isfried Fischer
 Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben		
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt: ja nein

Kurzvortrag:

Von den Corona-bedingten Einschränkungen und damit verbundenem Lockdown waren insbesondere Kinder und Jugendliche betroffen. Viele Aktivitäten wie das Pflegen von sozialen Kontakten waren über Monate hinweg eingeschränkt oder völlig blockiert. Jugendliche konnten ihrem natürlichen Freiheitsdrang nicht nachgehen, ihre Entwicklung wurde gehemmt. Die psychischen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche wurden in zahlreichen Studien untersucht. Depressionen, gesteigerter Medienkonsum oder Zunahme von Hyperaktivität und Aggressivität sind Beispiele von Folgen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen. Dass nach Lockerung der Kontaktbeschränkungen im Sommer wieder mehr Jugendliche / junge Menschen im öffentlichen Raum von Ingolstadt anzutreffen waren, scheint eine ganz natürliche Erscheinung gewesen zu sein. Das Bedürfnis von jungen Menschen nach sozialen Kontakten wurde durch die monatelangen Beschränken noch verstärkt. Es ist wichtig, dass sich

Jugendliche altersgerecht entwickeln können und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten.

Gruppen von Jugendlichen / jungen Menschen im öffentlichen Raum werden jedoch mitunter auch als problematisch und störend wahrgenommen, was regelmäßig zu Konflikten oder Beschwerden durch Anwohner etc. führt. Verstärkt kommt dies in dicht besiedelten Stadtgebieten vor, in denen es nur begrenzt Treffmöglichkeiten und Spiel-/Sportflächen für Jugendliche gibt. Auf die im Sommer verstärkt zu beobachtenden Probleme wie Vermüllung, Alkoholkonsum bis hin zu Übergriffen im Klenzepark hat auch die Jugendhilfe reagiert. Von September bis Ende Oktober 2021 waren am Wochenende jeweils Freitag und Samstag von 18 bis 23 Uhr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Klenzepark unterwegs. Diese Maßnahme ist dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz gemäß § 14 SGB VIII zuzuordnen und von der klassischen mobilen Jugendarbeit / Streetwork abzugrenzen. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Klenzepark haben keinen ordnungsrechtlichen Auftrag. Über eine Fortsetzung und ggf. Anpassung oder Ausweitung des sozialpädagogischen Angebots im Klenzepark soll im Frühjahr 2022 gesondert entschieden werden.

Mobile Jugendarbeit / Streetwork stellt ein niedrighwelliges Angebot der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 SGB VIII dar, das Jugendliche im öffentlichen Raum insbesondere an informellen Treffpunkten aufsucht. Durch diese Arbeitsweise sollen Jugendliche ab 14 Jahren erreicht werden, die andere Formen der Jugendarbeit nicht oder nur selten wahrnehmen oder von Beratungsstellen und anderen Angeboten der Jugendhilfe nicht erreicht werden. Die Zielgruppe der mobilen Jugendarbeit / Streetwork sind insbesondere sozial benachteiligte junge Menschen, deren soziale Teilhabe beeinträchtigt ist. Die Jugendlichen, die die Mobile Jugendarbeit / Streetwork erreichen soll, können häufig nicht auf ein angemessenes Lebensumfeld zurückgreifen. Psychische Erkrankungen, Wohnungslosigkeit, schwierige familiäre Verhältnisse, Suchtmittelkonsum oder Probleme mit Ämtern und Behörden sind Beispiele für Problemlagen, mit denen die Zielgruppe der Mobilen Jugendarbeit / Streetwork beschäftigt ist. Mobile Jugendarbeit / Streetwork ist kein sicherheits- und ordnungspolitisches Instrument.

Der Jugendhilfeausschuss hat am 14.07.2011 entschieden, das bisherige Statistik- und Evaluationsverfahren in der offenen und mobilen Jugendarbeit durch einen wirkungsorientierten Dialog zu ersetzen. Dieser Prozess wurde von der katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt wissenschaftlich begleitet und im Frühjahr 2013 abgeschlossen. Die Träger der offenen und mobilen Jugendarbeit waren dabei eng involviert. Ein Ergebnis des wirkungsorientierten Dialogs war, dass wenig Bedarf für mobile Jugendarbeit in Ingolstadt besteht. Als Indikator hierfür galt, dass nur wenige Jugendliche im mobilen Bereich angesprochen wurden. Gerade im Winter konnten an informellen Treffpunkten kaum Jugendliche angesprochen werden. Zudem wiesen die Ergebnisse daraufhin, dass es sich um relativ unproblematische Jugendliche handelt.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 24.02.2015 das neue Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit (OKJA) in Ingolstadt verabschiedet (V0008/15). Darin wurde festgehalten, dass mobile Jugendarbeit in der bisherigen Form nicht fortgesetzt wird, da diese laut Evaluation und Wirksamkeitsdialog kaum umgesetzt wird. Die Stellen der mobilen Jugendarbeit wurden jedoch nicht eingespart, sondern in die offene Jugendarbeit überführt, so dass Angebote sowie Öffnungszeiten in den Jugendtreffs erweitert werden konnten. Es wurde vereinbart, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der offenen Jugendarbeit bei Bedarf aufsuchend tätig sind. Aufsuchende Einsätze wurden bisher hauptsächlich veranlasst, wenn sich Jugendliche oder Gruppen junger Menschen im Stadtbezirk aufhalten, die als auffällig oder problematisch wahrgenommen werden. Auf Probleme wird das Amt für Jugend und Familie von den Bezirksausschüssen, der Beschwerdestelle der Stadt Ingolstadt oder direkt von Anwohnerinnen oder Anwohnern aufmerksam gemacht. Zwischen 2019 und 2021 gab es fünf aufsuchende Einsätze in verschiedenen Stadtbezirken (Nordwest, Nordost, Südost, Münchener Straße). Anlass

waren insbesondere Ruhestörungen durch Jugendliche oder junge Menschen, die sich auf Spielplätzen aufhalten und Alkohol konsumieren. Die aufsuchenden Einsätze zielen darauf ab, mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und ihnen Angebote der Jugendarbeit zu unterbreiten. Die bisher auf diesem Weg angesprochenen Jugendlichen bzw. Gruppen sind jedoch nicht der Zielgruppen der klassischen Mobilen Jugendarbeit / Streetwork zuzuordnen. Auch handelte es sich um verschiedene Gruppen und Einzelpersonen, der Bedarf für eine intensive Betreuung und Unterstützung wurde dabei nicht festgestellt.

Das Amt für Jugend und Familie arbeitet derzeit in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Jugendarbeit beim Stadtjugendring den „Teilplan Jugend“ aus. Ziel ist die Überprüfung, ob es in Ingolstadt ein bedarfsgerechtes Angebot im Bereich Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischem Kinder- und Jugendschutz (§§ 11 – 14 SGB VIII) gibt. Dazu werden in jedem der 12 Ingolstädter Stadtbezirke u. a. „Stadtteilkonferenzen“ geführt, um auf mögliche Problemlagen aufmerksam zu werden und Bedarfe festzustellen. An den Stadtteilkonferenzen nehmen u.a. die BZA-Vorsitzenden und Vertreter des Jugendparlaments teil, sofern im Stadtbezirk vorhanden zudem Mitarbeitenden der offenen Jugendarbeit, der Stadtteiltreffs und Kontaktbeamte der Polizei. Bei den „Stadtteilkonferenzen“ wird auch das Thema „Streetwork“ aufgegriffen und diskutiert. Die Inhalte und Rückmeldungen aus den „Stadtteilkonferenzen“ werden bei der Jugendhilfeplanung berücksichtigt.

Es wird zudem eine eigene Arbeitsgruppe zum Thema Streetwork / mobile Jugendarbeit gegründet, um Umsetzungsvorschläge und ein Konzept für bedarfs- und zeitgerechte mobile Jugendarbeit in Ingolstadt zu erarbeiten. Bei der Arbeitsgruppe wirkt das Amt für Jugend und Familie, Kommunale Jugendarbeit und Träger der offenen Jugendarbeit mit.

Mit einer eigenen Arbeitsgruppe und dem Teilplan Jugend wird dem Antrag der UWG Rechnung getragen, eine Klärung des Bedarfs für mobile Jugendarbeit / Streetwork wird in dem Zusammenhang erfolgen.